» Europa Reformata – Europa deformata – Europa innovata

100 Jahre Europäische Transformationen



Prof. Dr. Hans Jürgen Luibl

Leitung Ev. Stadtakademie Erlangen

hj.luibl@t-online.de

I. Europäisch-evangelischer Mut und Widerspruchsgeist

„Europa Reformata" – so lautete der Titel eines Imageprojekts der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) rund um das Lutherjahr 2017. Europa Reformata, da schwang und schwingt eine Hoffnung mit, dass Europa und das Evangelische gut zusammenpassen und gemeinsam sich entwickeln können – und dies seit der Reformation. Die Reformation begann mit dem Aufbruch aus einer babylonischen Gefangenschaft der Kirche. Eine neue Zeit, die Neuzeit begann. Das klerikale Kirchenmodell wurde in die protestantische Glaubensgemeinschaft transformiert. So wurde die Heilige Schrift entmonopolisiert, übersetzt in die evangelische Hör- und Lesegemeinde, und auch weltliche Schriften wurden in diesem Zuge lesbar, das allgemeine Welt- und Selbstverständnis wurde reflektierter. Vor allem mit dem breiten Interesse an der Schriftsprache, mit der Alphabetisierung, wurde die Reformation eine Volks-Bildungsbewegung. Und jeder sollte sich selber seinen Reim auf das Gelesene machen und seinen Mund aufmachen, betend, singend, mitredend. Der religiös-mündige Mensch entwickelte sich – und nicht nur in Wittenberg, sondern europaweit.

Warum nun sollte man das nicht auch noch fünfhundert Jahre später in Erinnerung rufen, wachrufen, was im Inneren Europas schlummert, um beides voranzutreiben, Europa und die Reformation! Leider fällt das Reformationsgedenken in eine Zeit, in der europäische Dynamik zurückgenommen und Grenzen wieder geschlossen werden. Man zieht sich zurück in feste Burgen und lässt das Projekt Europa erodieren. Auf der Agenda heute scheint zu stehen: Europa Deformata. Deswegen sollte man mit evangelischem Mut und Widerspruchsgeist entgegenhalten. Stehen wir also reformatorisch für ein etwas aus der Form geratenes Projekt ein!

Allerdings beschleicht uns sogleich die Frage, was denn nun genau in das wacklig gewordene Haus Europa einzubringen ist, um es stabiler zu machen. Und wer ist dieses „Wir" des europäischen Protestantismus, wer soll seine Stimme mal mahnend, mal ermunternd erheben? Was ist ein „evangelisches Wir", das nicht die gesellschaftlichen Identitätsbewegungen und Ausgrenzungsmechanismen kopiert? Was garantiert – besser: ermöglicht, dass dieses Wir, in Europa nicht in einer medialen Blase selbstreferentiell wird, dem eigenen Echo lauschend? Kurz: Ist der Protestantismus nicht nur Willens, sondern in der Lage, sich europäisch einzubringen? Und wie ist die Lage in Europa tatsächlich einzuschätzen?

Zunächst soll das Projekt Europa in seinen Transformationsprozessen der letzten zweihundert Jahre näher betrachtet werden.

II. Zwischen Demokratie und Vaterland

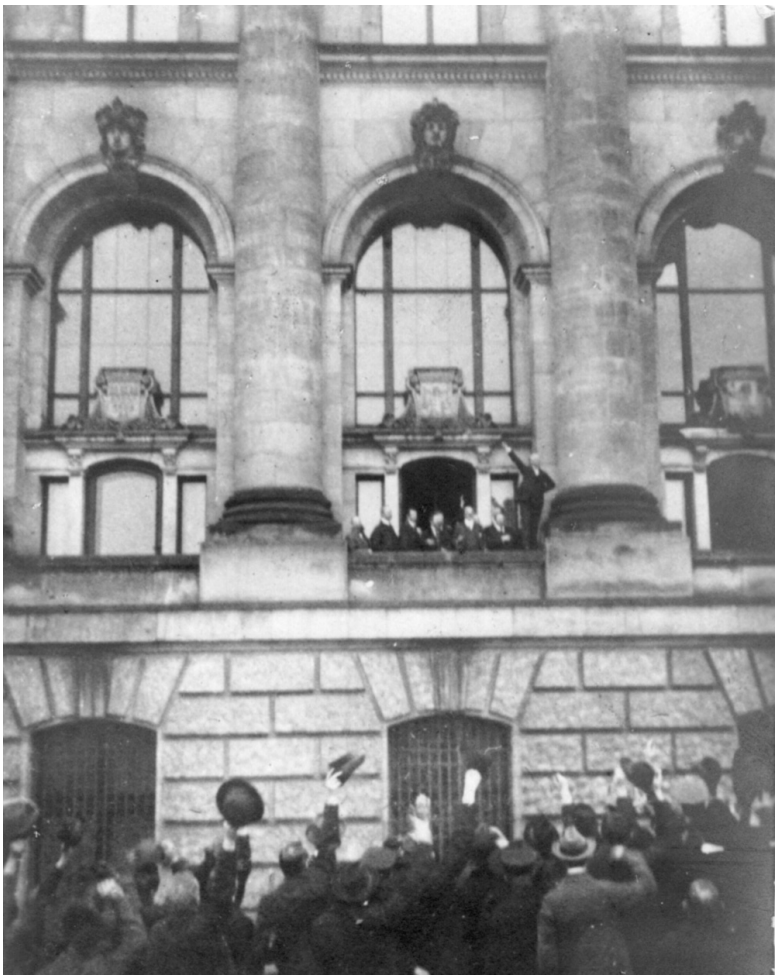
1918 – vor einhundert Jahren endete der erste Weltkrieg, ein Krieg, der von Deutschland ausging, Deutschland am Ende in die Knie zwang und in den Trümmern der alten Ordnung die Suche nach etwas Neuem ansetzte. Zerbrochen war die alte Ordnung von Thron und Altar, die Symbiose von Monarchie und göttlicher Ordnung – und dies nicht nur in Deutschland. Zu Ende gingen auch die K.u.K.-Monarchie, das russische Großreich mit seinem Zaren und das osmanische Reich mit seinem Sultan. Der Überbau war weg, der Himmel leer und die Wirklichkeit, die darunter sichtbar wurde, war nicht besonders heimelig. Die Kirchen in Deutschland leerten sich – eine Kirchenaustrittswelle schlug hoch, noch höher als jene, die die evangelischen Kirchen in Europa derzeit erleben. Es trieb nicht nur die Menschen aus der Kirche, sondern die Menschen waren auch getrieben von Ungewissheit. Kann ein guter Gott da oben beziehungsweise die gottgegebene Obrigkeit da oben tatsächlich für das allgemeine Wohlergehen Sorge tragen? Wo die alten Gewissheiten nicht freiwillig starben, wurden sie weggefegt, etwa in der russischen Revolution, die es sich zur Aufgabe machte, noch die letzten weltlich-geistlichen Trümmer aus der Welt zu schaffen und diese ganz neu, ganz diesseitig zu bauen.

Nicht erst zu der Zeit dieser Suche nach neuer Heimat und neuer Verbindlichkeit waren es zwei Gesichtspunkte, die in Europa miteinander konkurrierten: Republik, Demokratie und Verfassung auf der einen Seite, Volk, Nation und Vaterland auf der anderen Seite. Beide Gesichtspunkte waren nicht immer sorgsam getrennt, aber bewegten sich tendenziell in deutlich unterschiedener Richtung. Welcher Gesichtspunkt war nun vor einhundert Jahren attraktiver, konnte die höhere Integrationskraft entwickeln? Und wohin fühlten sich damals Religionen und Kirchen hingezogen?

© Waxmann Verlag GmbH

In Deutschland stand der Auftakt klar im Zeichen der Republik. Die Revolution von unten und oben, als Gipfel der verhinderten Revolutionen seit 1848, fegte das Kaiserreich mit einer Proklamation weg, am 9. November in Berlin. Die Rede von Philipp Scheidemann gipfelte in dem pathetischen Aufruf: „Das Alte und Morsche, die Monarchie ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue; es lebe die deutsche Republik!“ Aber trotzdem die Republik gleich zwei Mal ausgerufen wurde – in Bayern geschah nämlich zwei Tage zuvor Ähnliches wie in Berlin – es half doch wenig. Die damaligen Protagonisten standen von Anfang an unter Beschuss. So wurde Kurt Eisner, der Kopf des Umbruchs in Bayern, zwar zunächst erster bayerischer Ministerpräsident, doch seine Amtszeit währte nicht lang. Am 21. Februar 1919, auf dem Weg von seinen Amtsräumen im Bayerischen Ministerium des Äußeren zur Eröffnungssitzung des gerade gewählten Bayerischen Landtags, wurde er vom bayerischen Offizier Anton Graf von Arco-Valley in der Prannerstraße in München vor dem Landtagsgebäude erschossen. Originalton des Attentäters: „Eisner ist Bolschewist, er ist Jude, er ist kein Deutscher, er fühlt nicht deutsch, untergräbt jedes vaterländische Denken und Fühlen, ist ein Landesverräter.“ Auch die Berliner Revolutionäre des 9. September, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden ermordet. So waren die Anfänge. Und es war kein Zufall, dass Adolf Hitler ausgerechnet am 9. November 1923 in München den ersten Anlauf zum Sturz der Republik unternahm, jenes „undeutschen Systems“, dessen Repräsentanten die völkische Rechte mit mörderischem Hass überzog. In diese Rede vom Tod der Demokratie gehört auch die Vernichtung Andersdenkender, gehört auch die Erinnerung an die Reichspogromnacht vor achtzig Jahren. Hier hatte das exklusive Projekt „Volk und Nation“ über das inklusive und integrative Projekt von „Republik und Demokratie“ gesiegt, das Vaterland für einige wenige stand höher im Kurs als die Rechtsstaatlichkeit für alle.

Und die Kirchen? Gerade die evangelischen Kirchen taten sich damals schwer. Mit dem Ende von Thron und Altar fiel die Heilige Ordnung, die Himmel und Erde so verlässlich verknüpft hatte. Der liebe Gott zog sich immer weiter in den leeren Himmel beziehungsweise in die individualisierten Seelen zurück und ließ seine Kinder in weltlichen und seelischen Trümmern allein. Mit dem Kaiser dankte zugleich der oberste Bischof der Kirchen ab. Nun musste man neue Strukturen entwickeln und irgendwie mitmachen in einem Demokratisierungsprozess, den man nicht liebte. Die Evangelischen wurden ortlos – die Katholiken hatten dagegen noch ihren Papst in Rom und die Zentrumspartei. Auf der Suche nach neuen Heimaten fanden die Evangelischen weniger zur Demokratie, als vielmehr zum Völkischen und Nationalen. Hier schien der verschwundene Gott viel näher als in der Weimarer Quasselbude. Das politische Engagement der evangelischen Kirchen glich über weite Strecken einer Notübung in Sachen Republik, Demokratie und Verfassung. Glanz und Gloria des Heiligen waren dahin, weswegen kein hoffnungsvoller Neuanfang gelang, sondern eine Trauerarbeit begann.



Philipp Scheidemann ruft vom Westbalkon des Reichstagsgebäudes am 9. November 1918 die Republik aus

Die Verbindung von Nationalem und evangelischer Religion hatte schon damals eine lange Geschichte. Seit dem 19. Jahrhundert begannen sich Nation, Volk und Vaterland mit Religion, Glaube und Kirche immer enger zu verknüpfen. Beim Philosophen Fichte etwa wurden Volk und Vaterland „zum Träger und Unterpfand der irdischen Ewigkeit“ und die Nation zum „Spiegel der Erscheinung Gottes“. Der Nationalismus konnte auf diese Art zu einer impliziten Staatsreligion auswachsen, zu einem Nationalsozialismus, der selbst seine eigene Religion wurde und sich am Ende von allen kirchlichen Verankerungen löste.

Die fatale Nähe der evangelischen Kirchen zum Nationalen und Völkischen brach erst nach dem Zweiten Weltkrieg, in den Jahren 1948 und 1949. Die bundesdeutsche Republik bekam mehr Zuspruch, entwickelte Stärke in und durch die Demokratie, die in der Verfassung einen festen Boden finden sollte. Erst nachdem endgültig nichts mehr war, worauf man noch hätte bauen können, wurde der

© Waxmann Verlag GmbH

Gesichtspunkt von verbindlichen Grundsätzen, von Grundgesetz und Verfassung wirksam. 1949 wurde das Grundgesetz in Deutschland-West verabschiedet. In der Präambel heißt es: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben." Nicht mehr Gott und Kaiser garantieren das Zusammenleben, sondern die Verantwortung der Menschen – und diese Verantwortung geht über die Grenzen Deutschlands hinaus, hinein in ein Europa als Raum des Friedens. Damals blühte die Hoffnung, dass mit verbindlichen Rechtsgrundlagen nicht nur ein Staat zu machen, sondern ein europäisches Miteinander möglich wird. Ein Jahr zuvor, am 10. Dezember 1948, wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Palais de Chaillot in Paris die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verkündet, beginnend mit dem Satz: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen." Nachdem Gott und Kaiser, Zaren und Sultane abgedankt hatten, fand Europa zwar keinen neuen Überbau, aber eine neue Grundlage.

Die Kirchen in Deutschland fanden sich auf der neuen Grundlage gut wieder. In punkto Menschenrechte verwies man auf die Menschenwürde, die letztlich in der Gottebenbildlichkeit ihren Ursprung hat. Und bezüglich der Idee eines verbindlichen Gemeinschaftsvertrages, konnte man auf den Bund mit Gott setzen und die Bundestreue Gottes auf die Vertragstreue der menschlichen Partner übertragen – wohlwissend, wie anfällig der Mensch als Partner immer wieder ist. Es dauerte dann zwar noch bis ins Jahr 1985, als die EKD zu ihrer Denkschrift fand: „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe". Damit aber schließlich war die Demokratie, die die lebendige Umsetzung der Vertragsgrundlagen ist, auch kirchlich eingeholt. Das „Ja" zur Demokratie wurde schnell auch zum „Ja und Amen" zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Hier stehen wir, auf dem Boden des Grundgesetzes, wir können nicht anders! Damit bekam das „Ja" zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung fast einen Bekenntnisrang – und gab Zeiten, wo Kirche und Staat dieses Bekenntnis auch den anderen Religionen, vor allem den Muslimen in Deutschland, abverlangten, als eine Art demokratischen Gesinnungstest. Die Nachhilfeschüler in Sachen Demokratie schwangen sich schnell zu Oberlehrern auf. Heute stehen sie verwundert vor der Tatsache, dass undemokratische Entwicklungen in Europa zunehmen.

Nie wieder Hunger, nie wieder Krieg – das waren die aus der Kriegskatastrophe geborenen Hilferufe. Demokratie ist die Grundform der deutschen und europäischen Nachkriegsordnung, sie ermöglichte Gemeinschaft und sicherte Frieden. In der Umsetzung waren es schlichte Verträge und Gremien, die die Demokratie wirksam werden ließen, Verträge und Gremien mit einem hohen Grad an Selbstverpflichtung. Dies bewährte sich als Motor der europäischen Integration, die von Anfang nichts Anderes war als ein eher dröger Wirtschafts- und Verwaltungsverbund, aber begann, sich ambitionierte politische Ziele zu stecken. Den Startschuss dazu gab der damalige französische Außenminister Schumann mit seiner Erklärung von 1950. Den Völkern, allen voran Frankreich und Deutschland, nahm man die Option auf Kohle und Stahl und übergab deren Verwaltung einer Obersten Behörde. Genau jene Ressourcen also, auf die die Kriegsführung baut, sollten nun der Bevölkerung zugutekommen: Aus Stahl sollten nicht Panzer, sondern Kochtöpfe, in denen dann auch Essbares zu finden ist, produziert werden. Aus der Domestizierung der nationalen Wirtschaftskräfte sollte sich eine Friedensordnung in Europa und darüber hinaus entwickeln. Der Schumannplan verfolgte indes nicht nur die europäische Aussöhnung, sondern auch die Entwicklung und Unterstützung von Afrika. Angesichts der neuen Grenzzäune, die Afrika heute von Europa trennen sollen, angesichts von Frontex und Eurosur, ist jenes zweite Ziel, das Eintreten für ein sozial-solidares Europa, aktueller denn je. Doch schon in der Nachkriegszeit zeigten sich bald die desintegrativen Kräfte der Nationalismen. Europa wurde als Wirtschaftsraum geschätzt, die Gelder gerne national verrechnet und regional als Leistung des eigenen Landes verkauft. Gleichzeitig wurden die Mechanismen dieser Solidargemeinschaft einerseits als Bürokratie (so eher in Europa West), anderseits als Herrschaftsanspruch (so eher in Europa Ost) interpretiert.

Das Jahr 1989, das Jahr, in dem der Eiserne Vorhang fiel, war zunächst ein Glücksfall der Geschichte. Es wurde jetzt möglich, die europäische Integration zu vollenden und mit den östlichen Ländern der ehemaligen Sowjetunion ein neues Gesamteuropa zu entwickeln. Die alten Ideologien waren überholt, nun sollte das neue Europa auch mehr sein, als nur ein Rechts- und Wirtschaftsraum, nämlich ein verbindlicher Werteraum. Ein erstes Zeichen dafür war das Programm von Jacques Delors, des EG-Kommissionspräsident von 1985 bis 1995, „Europa eine Seele geben". Geboren wurde das Programm in einem Gespräch, das Delors am 4. Februar 1992 mit europäischen Kirchenvertretern führte. Danach sagte er: „We are in effect at a crossroads in the history of European construction. 1992 is a turning point. … If in the next ten years we haven't managed to give a soul to Europe, to give a spirituality and meaning, the game will be up. … This is why I want to revive the intellectual and spiritual debate on Europe." Geburtshilfe für die Wendung

© Waxmann Verlag GmbH

„Seele für Europa" leistete der damalige bayerische Landesbischof Dr. Johannes Hanselmann, der diese Formel nach Brüssel mitbrachte. Die neue innere Ausrichtung Europas sollte sich dann niederschlagen in einem neuen Vertragswerk, dem Mastrichtvertrag von 1992. Seele und Ordnung – das sollte das neue Europa ausmachen.

Schon bald aber stellte sich heraus, dass diese neue Form Europas sich nicht mit Leben füllte. Die „große Debatte über Europa", an der laut Delors Europas Zukunft hing, versandete. Die Intellektuellen verabschiedeten sich aus der Verantwortung, schon 1989 veröffentlichte Hans Magnus Enzensberger den Aufsatz „Brüssel oder Europa – eins von beiden"[1] und sprengte damit das politische Projekt der EU, das aber genau hier ansetzt: Brüssel nicht als Alternative, sondern als Teil der Europäisierung Europas zu verstehen. Auch die evangelischen Kirchen hielten sich unisono aus der Debatte um eine neue Vision für Europa heraus. Aus heutiger Perspektive war die Wertedebatte eher Ausdruck einer Eurosklerose, als eines innovativen Aufbruchs. Das Projekt Europa löste sich mehr und mehr von seiner Geschichte, von seiner Integrationskraft und einer gelingenden Europäisierung.

Der europäische Impuls „Wirtschaft für alle und sozialer Frieden" ist gebremst und zersetzt, weil man den europäischen Wirtschaftsraum ethisch entwertet beziehungsweise Wertedebatten zusätzlich oder gegen den Wirtschaftsraum führt. Mittlerweile hat jeder Müsliriegel zum Verkauf eine bessere Geschichte zu bieten, als es die EU hat.

Die Kirchen sitzen weiterhin in dieser Falle der Entgeschichtlichung. Je mehr sie über Wertefragen ihr „Wächteramt" ausüben und ihre Stimme lediglich normativ erheben, umso leichter wird Europa ein Angriffspunkt für nationale Eigeninteressen, ein Kristallisationspunkt für Politikverdrossenheit, ein Sündenbock für alles, was schiefläuft. Zum Beispiel im Vertrag von Lissabon von 2009: Ein Ziel des Vertrages war es auch, die demokratischen Kräfte in Europa und innerhalb der EU zu stärken, und der Vertrag hätte eigentlich eine Verfassung werden sollen. Doch die politischen Kräfte waren zu schwach. Es wäre auch keine höhere Verbindlichkeit entstanden, wenn sich konservativ-christliche Kreise damals durchgesetzt hätten, um die Präambel mit einer Invokatio Dei zu eröffnen. Verbindlichkeit kann nur von innen entstehen, aus einem Willen zur Demokratie. Es blieb also bei einem Vertrag. Es wurde keine Verfassung, die verbindlich genug ist, aus Europa eine verpflichtende demokratische Rechtsgemeinschaft zu machen. Doch ohne eine Verfassung bleibt die Frage der Werte unbestimmt und fallen Wirtschaftsraum und Werteraum leicht auseinander.



Anti-Brexit-Proteste, Westminster, London, September 2017

III. Rückzug auf eine Freihandelszone für Privilegierte?

100 Jahre nach der Revolution zu mehr Demokratie und 70 Jahre nach der rechtlich-verbindlichen Selbstverpflichtung zur Demokratie bleibt festzustellen, dass die Zustimmung zur Demokratie europaweit schwächer wird. Demokratische Rechte – von der Pressefreiheit bis zum Minderheitenschutz – werden systematisch eingeschränkt. Die Selbstverpflichtung zur Demokratie bröckelt. Brüssel soll im gegenwärtigen patriotischen Jargon eine Zentrale der Gurkenverordnung bleiben und lediglich jene Risiken, denen die nationalen Staaten und Organisationen nicht gewachsenen sind, abwehren. Von den Mitgliedstaaten als reine Bürokratie diffamiert, wird Europa heute die Kraft entzogen, sich zu entwickeln. In den drei großen Hoffnungsperspektiven – Recht und Demokratie, sozialer Wirtschaftsraum und Wertegemeinschaft – blieb Europa hinter den eigenen Vorgaben zurück. Anders ausgedrückt: Das immer schon mit der europäischen Idee konkurrierende Konzept von Nation, Volk und Vaterland erweist sich derzeit als das stärkere. Desintegrative Kräfte werden stärker und es wird sogar ungewiss, ob das Hauptversprechen von 1918, Frieden zu schaffen und zu sichern, weiterhin einzulösen ist.

Wie wenig verbindlich die Rechtsgrundlagen innerhalb der EU sind, zeigt etwa die Entwicklung in Polen. Die dortigen Eingriffe der Politik in die Justiz seien „unvereinbar mit EU-Recht, weil es den Grundsatz der Unabhängigkeit der Justiz untergräbt", so die EU-Kommission. Selbst die Menschenrechte werden weniger verbindlich und der Austritt von Staaten aus globalen Organisationen, wie der Austritt der USA aus dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen 2018, wird salonfähig. 70 Jahre nach der Erklärung der Menschenrechte wird der Rat öffentlich von der US-Botschafterin bei der UNO, Nikki Haley, als „Jauchegrube der po-

[1] Enzensberger, Hans Magnus (1994): Brüssel oder Europa – eins von beiden. In: Lützeler, Paul Michael: Hoffnung Europa. Deutsche Essays von Novalis bis Enzensberger. Frankfurt, S. 500–506

© Waxmann Verlag GmbH

litischen Voreingenommenheit“ diffamiert, was an die Rede von der „Weimarer Quasselbude“ erinnern lässt.

So wenig es gelang, Europa für Afrika zu entwickeln, so wenig gelang es, den europäischen Wirtschaftsraum als einen Sozialraum zu gestalten. Dem Neokapitalismus setzten und setzen die EU und ihre Mitgliedstaaten wenig entgegen, er konnte sich nach 1989 auch geografisch ungebremst ausbreiteten. Europa wird von einer Wirtschaftsgemeinschaft zu einer Freihandelszone der Nationalstaaten, und England will hier mit dem Brexit vorangehen. Gegenwärtig zeigt sich immer deutlicher, was in Europa geschah: der freie Personen- und Warenverkehr nützt vor allem jenen, die mitspielen *können*, aber nicht jenen, die mitspielen *müssen*. Ein gebildeter und begüterter Westeuropäer, europaoffen, kann seine Tochter nach Ungarn zum Medizinstudium schicken und sich zudem eine Familienhilfe aus der Ukraine zulegen, um den dementen Vater zu pflegen. Dies heißt aber umgekehrt: Das Fachpersonal wird aus den osteuropäischen Ländern abgezogen um zum Hilfspersonal im Sozialhaushalt der westlichen Gesellschaft zu werden – dafür bleiben die Familien in Ostmitteleuropa mit vielen EU-Waisen und ohne ärztliche Versorgung zurück. Das große Versprechen der EU, Wohlstand für alle und dies gleichmäßig in Europa verteilt zu schaffen, löste sich Jahr für Jahr mehr in Luft auf, was die EU auch unabhängig vom grassierenden nationalen Jargon erodiert. Demokratie kann eben auch eine Waffe des Kapitalismus werden.

IV. National vereinnahmte Kirchen?

Wo bleiben in Zeiten, wo wieder vom Untergang des Abendlandes geraunt wird, die Kirchen? Die Montanunion, als Anfängerin des europäischen Projekts, war noch von Menschen bedacht und organisiert, die einen christlichen Hintergrund hatten und christlichen Ideen eine politische Gestalt gaben (Schumann, de Gasperi, auch Adenauer und viele andere). Aus dem sich dann entwickelnden Verwaltungs- und Wirtschaftsprojekt jedoch hielten die Kirchen sich weitgehend heraus, denn nicht um Wirtschaft sollte es gehen, sondern um Werte. Blauäugig wurde hier übersehen, dass gerade das spröde Wirtschafts- und Verwaltungsprojekt für die Integration Europas auch einen Wert an sich darstellt.

Aktuell gewinnt das Konzept von Volk, Vaterland und Nation im hübschen Kleid und mit dem nötigen Ernst des Religiösen europaweit neue Attraktivität. Es kommt zur Renaissance eines religiös aufgeladenen Nationalismus. So formuliert Ungarns Ministerpräsident in einer Weihnachtsansprache: „Wenn wir die Grenzen unserer Identität ziehen, dann kennzeichnen wir die christliche Kultur als Quelle unseres Stolzes und unserer erhaltenden Kraft.“ Das Christentum oder zumindest die christliche Tradition wird vermehrt zum Medium nationaler Selbstvergewisserung beziehungsweise zum Mittel der Abgrenzung von allem Fremden. Und umgekehrt wird der so aufgeladene Staat – ohne oder mit Zuspruch der Kirchen – Verteidiger der national ausgerichteten christlichen Identität. Ähnlich argumentiert der CSU-Generalsekretär Markus Blume, wünscht sich von den Kirchen in Deutschland ein stärkeres Eintreten für die christliche Botschaft, denn es bereitet ihm Sorge, „dass die CSU das Bekenntnis zur christlichen Prägung unseres Landes und seinen christlichen Werten oftmals offensiver“ vertrete als die Kirchen. Ähnliches findet man auch in Italien: Der italienische Innenminister Matteo Salvini gibt sich größte Mühe, als Retter einer „christlichen Demokratie“ zu erscheinen. Bei seiner letzten Kundgebung vor der Wahl im März schwor er auf die Bibel „seinem Volk, den 60 Millionen Italienern, treu zu dienen“, und dabei hielt er einen Rosenkranz in der Hand. Die Lega brachte auch einen Gesetzesentwurf auf den Weg, der italienische Behörden dazu verpflichten soll, ein Kruzifix aufzuhängen.

Was sich auf nationaler Ebene in Europa zeigt, das findet sich auch für Gesamteuropa (re-)formuliert, etwa in der Wiederkehr der Formel vom „christlichen Abendland“ oder der Rede von einer „christlichen“ oder „christlich-jüdischen“ Tradition des Abendlandes. Schon in der Romantik, als diese Wendungen populär wurden, beschrieben sie eher ein Defizit, eine Vergangenheit, denn eine politische Option. Woher aber kommt die steigende Lust an national-religiöser Aufladung?

Zum einen ist sie Ausdruck einer Schwäche des Politischen: Wo Rechtsverbindlichkeiten erodieren, wird ein anderes Band gesucht, eines, das für eine höhere, aber nicht genau zu definierende Verbindlichkeit steht. Statt aber Verfassung oder Rechtsstaatlichkeit religiös zu stützen, wird gegenwärtig die Nation und deren Identität religiös gestärkt. Zum anderen ist der national-religiöse Rollback ein Ausdruck der Schwäche verfasster Kirchen. Als Volkskirchen konnten sie die christliche Botschaft in Beziehung halten mit der Kultur, die durch die Botschaft generiert und geprägt wurde. Doch in dem Maß, wie Kirchen ihren Charakter als Volkskirchen verlieren, treten christliche Botschaft und christliche Kultur auseinander und die Kirchen verlieren ihre Deutungshoheit über die christliche Kultur. Eine auf diesem Weg bedeutungslos gewordene Religion ist für neue Deutungen offen, etwa für eine nationale oder ethnische Inanspruchnahme. Der rechtsnationale Populismus inszeniert sich als „christliche Demokratie“. Ein Cäsarismus, eine heilige Macht, ein Herrscher, der Volkes Stimme hört und ihr Gehör verschafft, soll die Gemeinschaft angesichts der Ausdifferenzierung zusammenhalten. Aber lassen wir diese Albträume den populistischen Untergangslüstlingen und kehren zurück in die gesellschaftspolitische Arbeit.

© Waxmann Verlag GmbH

Wie also weiter? In der Einleitung zum umfangreichen Werk „Zeitgeschichte Europäischer Bildung 1970–2000“ scheibt Klaus Schleicher: „Die Bildung von Europa und die Bildung in Europa sind eng und vielschichtig miteinander verflochten.“ Dabei bezieht er die politische Entwicklung Europas auf die Bildungsprozesse in Europa, er bezieht die nationalen auf die gesamteuropäischen Entwicklungen. Damit könnte sich eine Perspektive für die pädagogische Bildungsarbeit ergeben: Sie müsste sich verstärkt auf die gesellschaftspolitischen Entwicklungen einlassen. Dem kann man entgegenhalten, dass dies schon immer und unverzichtbar Auftrag und Kompetenz der Bildungsarbeit war, auch und gerade der evangelischen Bildungsarbeit. Doch es bleibt kritisch zu prüfen, inwieweit die evangelische Bildungsarbeit diesem Anspruch tatsächlich gerecht wird. Freilich wurden politische Themen, Probleme und Fragestellungen aufgenommen und bearbeitet, aber man war und ist auch immer weniger in der Lage, die kritischen Widerlager im politischen Feld anzusprechen. Evangelische Bildungsarbeit kann sich natürlich nur als Anwalt der Demokratie und als Teil eines aufgeklärten Diskurses, dem Lebenselixier von Demokratie, verstehen. Aber in ihrer gebildeten Sprachfähigkeit ist den Akteuren das Gespür für das Emotionale, das Nichtsprachliche und Widerspenstige verloren gegangen. Es gibt eben nicht nur eine Dialektik der Aufklärung, sondern auch ein Bildungshandeln, das gegenüber den eigenen Ausschlussmechanismen erblindet.

Bildung und Demokratie gehören zusammen, beide aber sind auch überfordert mit dem, was nicht in ihr Sprachspiel passt und diesem widerspricht.

Vor allem die Evangelische Erwachsenenbildung, demokratisch ausgewiesen und angeleitet, muss sich neu den national-religiösen, weniger an Verfassung denn an Vaterland orientierten Konzepten stellen. Sie wird sich dadurch zwangsläufig verändern, aber so wieder stärker Teil der Transformationsprozesse in Europa werden. Europa braucht seine Geschichte, seine Geschichte der gelingenden Integration. Erwachsenenbildung kann maßgeblich helfen, über den ökonomischen und ethischen Normen ein neues Narrativ zur Sprache zu bringen, eines, das nicht neu erfunden werden muss, dass nur in der Geschichte zu finden und neu zu erzählen ist. Es braucht ein Gegenüber zum missglückten, weil verengenden Narrativ des christlichen Abendlandes. Ein Narrativ, das von überwundenen Nöten, unbenannten Angst-Geistern und gelingenden Integrationsmomenten erzählt und gesamteuropäische Geschichten mit nationaler Geschichtsdeutung verknüpft. Evangelische Erwachsenenbildung braucht nicht noch mehr Reflexivität und Normativität, aber viel mehr politischen Mut und emotionale Sprachfähigkeit. Eine solche Bildung wäre etwas Anderes als eine „Vereinheitlichung“, nämlich das, was im kirchlichen Bereich „Versöhnung“ heißt.



„Wenn die politische Union in Frage gestellt wird, kommt der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa noch mehr Bedeutung zu“, so Gottfried Locher, der Präsident der GEKE. Und deswegen hat GEKE auf ihrer Vollversammlung in Basel September 2018 ein neues Projekt auf den Weg gebracht, um die Zukunftsperspektiven der Demokratie in Europa, in Gesellschaft und durch Kirchen, auszuloten. Es soll das Folgeprojekt zur großen Bildungsstudie „Bildung für Zukunft“ werden. Der Weg, der hier von der Bildung zur Demokratie gegangen wird, ist protestantisch und mit dem Stichwort „protestantisch“ ist etwas Altes neu in den Blick gerückt: die Weitergabe des Evangeliums nicht (nur) über die Institution Kirche, sondern über den Protestantismus als gesellschaftlich verortete Glaubensbewegung, als Teil der Zivilgesellschaft. Solche Bewegungen, von denen da unten gegen die da oben, sind politisch allseits in Mode gekommen. Doch im evangelischen Bereich ist das Erstarken des Protestantismus als einer gesellschaftlichen Bewegung eng zu verbinden mit der Stärkung von Institutionen, Verträgen und Rechtsverbindlichkeit. Ob daraus ein wie auch immer gestaltetes evangelisches „Wir“ werden kann, ist offen. Die Differenzen werden sicherlich stärker, und mit ihnen hoffentlich auch die Kraft, damit umzugehen. Komplexitätssteigerung und die Fähigkeit, darin zu überleben – das wäre protestantisch, auch verbunden mit dem Abschied davon, zu wissen, wohin es führt.

Am 23. und 24. Mai sind Europawahlen. Ein fragiles Projekt, eine Plauderbude ohne rechte Mitsprache, ein Vorhof der Bürokratie, ein Terrain, das die Populisten übernehmen wollen, um Europa ad absurdum zu führen? Ja, all das. Aber wir haben die Wahl.

© Waxmann Verlag GmbH

» schwerpunkt – Gesellschaftliche Transformationen mitgestalten

Erik A. Panzig, Peter Vogel
Von der Nische auf den Markt: Wege und Weichenstellungen der Evangelischen Erwachsenenbildung in Sachsen 12

Was war und was ist ostdeutsch an der Evangelischen Erwachsenenbildung? Peter Vogel und Erik Panzig, ein ehemaliger und der aktuelle Leiter der Evangelischen Erwachsenenbildung in Sachsen, sprechen über ostdeutsche Besonderheiten der kirchlichen Bildungsarbeit und diskutieren die institutionellen und gesellschaftlichen Transformationen auf dem Weg von binnenkirchlicher Bildungsarbeit zu DDR-Zeiten hin zur gegenwärtigen Situation einer staatlich anerkannten Weiterbildungsorganisation.

Gerhard Reutter
Irrtümer und Einsichten – Berufliche Weiterbildung in den neuen Ländern nach der Wende ... 18

Die ersten vier Jahre nach der Wiedervereinigung waren für den Auf- und Ausbau der beruflichen Weiterbildung in den neuen Ländern ein enorm dynamischer Zeitraum, der sich grob in drei Phasen einteilen lässt: Anfängliche Irritation und Desorientierung angesichts neuer Vorgaben und Erwartungen wich bald einer pragmatischen Übernahme von „Westvorgaben", aber man begann auch, die westlichen Vorgaben zunehmend kritisch zu reflektieren und subtil zu unterlaufen, worauf eine Wiederentdeckung des „Eigenen" folgte.

Hans Jürgen Luibl
Europa Reformata – Europa deformata – Europa innovata. 100 Jahre Europäische Transformationen 22

Europa entwickelt sich in Reformationen, Reformen und Revolutionen. Mit der Reformation des 16. Jahrhunderts beginnt die Neuzeit Europas, deren Matrix die aufgeklärte Vernunft wurde. Mit den beiden von Deutschland ausgehenden Weltkriegen entstanden Wunsch und Notwendigkeit einer politischen (Neu-)Gestaltung Europas und es begann das so ambitionierte wie anfällige Projekt Europa zwischen Volk und Nation auf der einen, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf der anderen Seite, zwischen Wirtschaftsraum und Wertegemeinschaft. Und wie verortet und verändert sich evangelische Kirche in diesen Prozessen?

Jan Woppowa
Ökumenische Bildungsverantwortung. Zum Auftrag religiöser Erwachsenenbildung angesichts aktueller gesellschaftlicher Transformationen 28

Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Transformationsprozesse muss sich die kirchlich verantwortete Erwachsenenbildung und insbesondere ihr religiöses Angebotsspektrum noch stärker in einer ökumenischen Weise profilieren. Wie aber kann das funktionieren? Es braucht dazu vor allem neue Lesarten von Konfessionalität. Und es braucht eine Besinnung auf programmatische Entscheidungsfelder der kirchlichen Erwachsenenbildung beziehungsweise ökumenische Leitlinien für die religiöse Programmarbeit in den Einrichtungen und Verbänden.

Karin Opelt
Erwachsenenbildung in der DDR als Transformationsfaktor 32

Der Beitrag zeichnet die Subsystembildung der staatlichen Erwachsenenbildungseinrichtungen der DDR nach, die aus der Volkshochschule hervorgegangen und quasi im Probelauf in dieser Institutionalform ausprobiert worden sind, ehe sie als eigenständige Organisationsform etabliert wurden. Die damals bildungspolitisch vollkommen unterschätzte Volkshochschule hat Bedarfe eruiert, Bildungsbewegungen aufgenommen und diese institutionalisiert.



© Waxmann Verlag GmbH

» editorial

Steffen Kleint
Liebe Leserinnen und Leser, ... 3

» aus der praxis

Christiane Wessels
Politische Bildung im Netz: Einblicke in eine Projektwerkstatt ... 6

Dirk Heckmann
„… durch Bruder Wind und Luft und
Wolken und heiteres und jegliches Wetter“ ... 9

» europa

Christine Bertram
Eine Europäische Vision für die Erwachsenenbildung ... 11

» einblicke

Petra Herre
Transformationsräume sind Möglichkeitsräume: Die Projektarbeit der DEAE
nach der Deutschen Vereinigung (1990–1996) ... 36

Peggy Renger-Berka
Vorsprung durch Unkonventionalität: die Evangelische
Erwachsenenbildung in Ostdeutschland ... 38

Carola Iller
Widersprüchliche Anforderungen in der familienbezogenen Erwachsenenbildung
strapazieren die Professionalität ... 40

Christine Bertram
Erwachsenenbildung in Europa transformiert (sich) ... 44

Kirsti Greier, Jochem Westhof
Altona-Gespräch über „Godly Play“ ... 46

» jesus – was läuft?

Hans Jürgen Luibl
Religion ist out – oder doch nur outdoor,
außerhalb der Kirchenwelten, in den Medienwelten? ... 48

» service

Filmtipps ... 50

Publikationen ... 51

Veranstaltungstipps ... 57

Impressum ... 62

© Waxmann Verlag GmbH



Mehr **forum** erwachsenenbildung?

Hat dieser Artikel Ihnen gefallen?
Wenn Sie regelmäßig über Bildung im Lebenslauf aus wissenschaftlicher, praxisnaher, bildungspolitischer und evangelischer Perspektive informiert werden möchten, abonnieren Sie **forum** erwachsenenbildung:

Abo bestellen
Print oder online

(öffnet eine E-Mail-Vorlage an order@waxmann.com)

Print: 4 Ausgaben pro Jahr, Jahresabo 25,– € zzgl. Versandkosten, inkl. Online-Zugang (freier Zugriff auf alle Ausgaben ab 2015)

Online: 4 Ausgaben pro Jahr (PDF), Jahresabo 20,– € (freier Zugriff auf alle Ausgaben ab 2015)

www.waxmann.com/forumerwachsenenbildung

DEAE WAXMANN

© Waxmann Verlag GmbH